Neue Weltordnung, alte Ordnungspolitik

Die EU-Digitalstrategie im globalen Wettbewerb

Es klingt verlockend: Die EU-Kommission will Wegbereiterin einer „wertebasierten Digitalpolitik“ sein. Diese soll eine globale Alternative zum US-amerikanischen Techno-Libertarismus und dem digitalen Autoritarismus Chinas schaffen. Das Forschungsprojekt „Balancing Acts“ hat die Strategie der Europäischen Union genauer untersucht und stellt kritische Fragen, vor allem zum Verhältnis von normativen Ansprüchen und geopolitischem Wettbewerb.

Alissa Theresa Steer, Julia Pohle und Leo Thüer

Eine Welle des Strebens nach nationaler Selbstbestimmung erfasst politische Debatten weltweit. US-Präsident Donald Trump betont die „wirtschaftliche Unabhängigkeit“ der Vereinigten Staaten und bricht damit aus dem internationalen Handelssystem aus, das die USA seit dem Zweiten Weltkrieg mit aufgebaut haben und von dem viele Staaten und Unternehmen in den kapitalistischen Zentren weltweit wirtschaftlich profitieren. Doch Trump ist längst nicht allein auf diesem Kurs: Chinas Staatschef Xi Jinping setzt bereits seit 2018 auf „zìlì gēngshēng“ (自力更生, etwa: self-reliance/Regeneration durch eigene Anstrengung) und fördert eine Politik, die Importe verringert und die heimische Produktion ausbaut, von Nahrungsmitteln bis hin zu Computerchips.

Dieses Streben nach Autonomie und die Abwertung grenzüberschreitender Handelsverflechtungen markieren einen tiefgreifenden Bruch mit dem klassischen Paradigma der Globalisierung. Im neuen geopolitischen Paradigma werden die immer engere internationale Vernetzung und der globale Wettbewerb eher als Risiko denn als Chance verstanden. Aber im digitalen Bereich ist die regulatorische Reduzierung von Abhängigkeiten besonders komplex, da die digitale Transformation auf einer globalen Vernetzung beruht, die sich nicht leicht begrenzen lässt. Oft wird angenommen, dass allein die Verbreitung von Kommunikationstechnologie schon für globalen Zusammenhalt sorgt. Dieses Denken ist zwar in der westlichen Welt nicht mehr unumstritten, bleibt dort aber weit verbreitet. Inmitten dieses geopolitischen Umbruchs versuchen die Regierungen der Europäischen Union, einen originär europäischen Weg für eine gerechtere digitale Transformation zu entwickeln.

Das Ziel ist ambitioniert: Die EU will nicht nur ein starker Binnenmarkt für digitale Dienstleistungen und Produkte bleiben, sondern darüber hinaus eine globale normative Führungs-

„Die EU will nicht nur ein starker Binnenmarkt bleiben, sondern eine globale normative Führungsmacht im digitalen Zeitalter sein“

macht im digitalen Zeitalter sein. Mit dem Alleinstellungsmerkmal europäischer Regulierungskompetenz will sie sich von Chinas autoritär gesteuertem digitalen Entwicklungsweg abgrenzen und zunehmend auch vom marktliberalen Modell der USA, das sich auf technolibertäre Ideale stützt.

Doch lässt sich der europäische Weg wirklich so deutlich von anderen Modellen abgrenzen? Und wie rechtfertigt die EU-Kommission ihre ehrgeizigen Pläne? Diesen Fragen gingen WZB-Forschende der Abteilung Global Governance und der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung nach: Im Brückenprojekt „Balancing Acts“ untersuchten wir gemeinsam, wie die EU-Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) ihre öffentliche Kommunikation nutzten, um die EU in einem sich wandelnden internationalen Umfeld als digitalpolitische Führungsmacht zu positionieren. Dazu erstellten wir mittels Web-Scraping einen Text-Korpus der öffentlichen Kommunikation aus dem Online-Archiv der Kommission (1985–2024; 82.496 Dokumente) und des EAD (2010–2024; 31.535 Dokumente), der vor allem Pressemitteilungen, Reden und Statements enthält. Aus dem Korpus filterten wir mithilfe von Natural-Language-Processing (NLP) die Aussagen zur EU-Digitalpolitik und zur digitalen Transformation, die wir mit den qualitativen Methoden der strategischen Narrativanalyse und der strukturalistischen Diskursanalyse untersuchten.

Alissa Theresa Steer ist Masterstudentin im Fach Medien und politische Kommunikation an der Freien Universität Berlin und studentische Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung. Sie forscht zur Digitalisierung der Migrations- und Sicherheitspolitik, die sie mittels kritischer Diskurs- und Policy-Analysen greifbar machen möchte. ***alissa.steer@wzb.eu***

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

„Die EU möchte ihre Vision einer regel- und wertebasierten Digitalpolitik in andere Länder tragen“

Ziel der europäischen Kommunikationsstrategie zur globalen Digitalpolitik ist es, das Bild einer „wertebasierten Digitalordnung“ zu verbreiten, die technologische Innovation und fairen Wettbewerb mit demokratischen Prinzipien, Datenschutz und Menschenrechten verbindet. Aussagen rund um „digitale Souveränität“ spielen hierbei eine wichtige Rolle: Die EU beansprucht Selbstbestimmungs- und Handlungsfähigkeit in Bezug auf digitale Infrastrukturen und Dienste, nicht zuletzt für einen möglichen Konfliktfall. Um ihren Einfluss auf die weltweite digitale Transformation auszuweiten, möchte sie zudem ihre Vision einer regel- und wertebasierten Digitalpolitik in andere Länder tragen. Ihren praktischen Ausdruck finden diese Bestrebungen unter anderem in der 2021 gestarteten Global-Gateway-Initiative.

Der Global Gateway ist das Flaggschiffprojekt der EU für die Förderung nachhaltiger Infrastrukturpartnerschaften weltweit. Bis zu 300 Milliarden Euro möchte die EU dabei für die Finanzierung verschiedener Projekte ausgeben, einschließlich des Ausbaus der digitalen Vernetzung. Damit sollen neue Rechenzentren und Breitbandverbindungen vor allem in den Ländern des Globalen Südens entstehen, um Europas Einfluss auf infrastruktureller Ebene zu stärken. Allerdings floss bis Mitte 2025 nur ein Bruchteil der angekündigten Mittel an digitale Projekte. Damit bleibt die EU-Initiative in puncto Tempo und Umfang hinter anderen

Infrastrukturprojekten, wie der chinesischen Belt-and-Road-Initiative, zurück.

Unsere Diskursanalyse der öffentlichen Kommunikation zeigt, dass sich die EU in einem Spannungsverhältnis zwischen idealistischen Narrativen und geoökonomischen Ambitionen bewegt. In Erklärungen und Strategiepapieren wird die digitale Transformation als vornehmlich marktgetriebener Prozess beschrieben, der durch die EU gefördert werden soll. Dem liegt die Prämisse zugrunde, dass digitaler Fortschritt nur durch die innovative Kraft des Wettbewerbs innerhalb einer marktliberalen Ordnung möglich ist. Damit verbunden ist die Erzählung von einem immer komplexeren, vernetzten und kompetitiven globalen Umfeld. Die Digitalisierung wird als zentraler Schauplatz geopolitischer und geoökonomischer Rivalität dargestellt, in dem die EU ihren globalen Herrschaftsanspruch zuallererst beweisen muss.

Julia Pohle ist Co–Leiterin der WZB–Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung und assoziierte Forscherin an der Brussels School of Governance und dem Centre Internet et Société des CNRS in Paris. Sie forscht zu Themen und Akteuren der Internet Governance, Digitalpolitik und globalen Kommunikationspolitik. ***julia.pohle@wzb.eu***

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

„Die Förderung von Infrastrukturprojekten im Globalen Süden wird meist an die Anpassung an europäische Rechtsvorschriften geknüpft“

Die EU-Institutionen konstruieren ihr eigenes Selbstverständnis als Wertegemeinschaft, basierend auf liberal-demokratischen Normen. Die Vision einer wertebasierten Digitalpolitik weist bei genauerer Untersuchung jedoch viele Kontinuitäten mit der traditionellen Strategie der EU zur wirtschaftlichen Integration auf. Der ideelle Dreh- und Angelpunkt der EU-Kommunikation scheint der ökonomische Wettbewerb zu sein: Während der Binnenmarkt durch einheitliche Regeln gestärkt werden soll, sollen Partnerländer normativ an die Digitalregulierung der EU angeglichen werden. Im Widerspruch zur Rhetorik der „Partnerschaft auf Augenhöhe“ wird die Förderung von Infrastrukturprojekten in Partnerländern des Globalen Südens meist an die Anpassung an europäische Rechtsvorschriften geknüpft.

Europas Streben nach digitaler Souveränität schränkt damit die der Partnerländer ein und schafft potenziell neue Abhängigkeitsverhältnisse. Das Ziel, europäische Werte und Normen zum weltweiten Standard zu machen, begründet sich stets auch auf der wirtschaftlichen Bedeutung des europäischen Binnenmarkts. Unsere Forschung wirft ein kritisches Licht auf die internationale Digitalpolitik der EU: Einerseits betonen EU-Kommission und EAD die Bedeutung von demokratischen Prinzipien, Menschenrechten und nachhaltiger Entwicklung in der globalen digitalen Transformation. Andererseits treiben sie eine Politik voran, die diese Normen dem geopolitischen Wettbewerb und wirtschaftlichen Interessen unterordnet.

„Selbst der Anspruch wertebasierter Partnerschaften reproduziert koloniale Denkmuster“

Außerdem zeigt unsere Diskursanalyse, dass die Kommunikation der untersuchten EU-Institutionen von einem Selbstverständnis der EU als weltweiter Normsetzer geprägt ist. Dieses Bild ist jedoch historisch und politisch problematisch, nicht zuletzt aufgrund der kolonialen Vergangenheit etlicher europäischer Mitgliedstaaten, die die Beziehungen zu vielen Partnerländern im Globalen Süden belastet. Kritische Stimmen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, unter anderem von Vertreter*innen des Globalen Südens, argumentieren daher, dass selbst der Anspruch „wertebasierter Partner-

Leo Thüer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung. Seine Forschungsschwerpunkte sind unter anderem die Regulierung der Digitalisierung, kritische Politikwissenschaft und Diskursanalyse.
leo.thueer@wzb.eu
Foto: © WZB/Martina Sander-Blanck, alle Rechte vorbehalten.

schaften" koloniale Denkmuster reproduziert: Infrastrukturentwicklung wird als Mittel des sozioökonomischen Fortschritts dargestellt, ohne die Machtverhältnisse und Abhängigkeiten in diesen Strukturen zu thematisieren. Die geforderte Orientierung an europäischen Rechtsnormen kann überdies als neue Form politischer Einflussnahme und Kontrolle betrachtet werden. Die europäische Digitalpolitik zeigt sich also als eine Mischung aus Marktordnungspolitik, geopolitischem Herrschaftsanspruch und normativem Expansionismus.

Dennoch ist das Potenzial einer solchen Strategie nicht zu unterschätzen: Europa könnte mit seiner regulatorischen Kompetenz tatsächlich einen Gegenentwurf zu autoritären oder rein marktgetriebenen Modellen anbieten. Dazu bräuchte es allerdings zunächst eine kritische Debatte darüber, was eine „wertebasierte Digitalpolitik" für gesellschaftlichen Fortschritt denn tatsächlich zu bieten hätte – und zwar nicht nur für europäische Gesellschaften. Solange das Narrativ einer wertebasierten Digitalisierung vor allem die bestehende EU-Marktordnung legitimieren soll, hält die EU schlicht an den wirtschaftlichen Ketten (post-)kolonialer Abhängigkeitsverhältnisse fest. Doch wer die Zukunft mitbestimmen will, sollte Verantwortung für seine Vergangenheit übernehmen. Die Frage, ob und wie sich die Spannungen zwischen normativer Rhetorik, geopolitischem Wettbewerb und kooperativer Entwicklung überwinden lassen, bleibt eine zentrale Herausforderung für die internationale Digitalpolitik der EU.

Literatur

Broeders, Dennis/Cristiano, Fabio/Kaminska, Monica: „In Search of Digital Sovereignty and Strategic Autonomy: Normative Power Europe to the Test of Its Geopolitical Ambitions". In: Journal of Common Market Studies, 2023, Jg. 61, H. 5, S. 1261–1280. DOI: 10.1111/jcms.13462.

Heldt, Eugénia C.: „Europe's Global Gateway: A New Instrument of Geopolitics". In: Politics and Governance, 2023, Jg. 11, H. 4, S. 223–234. DOI: 10.17645/pag.v11i4.7098.

Karjalainen, Tyyne: „European Norms Trap? EU Connectivity Policies and the Case of the Global Gateway". In: East Asia, 2023, Jg. 40, H. 3, S. 293-316. DOI: 10.1007/s12140-023-09403-x.

Rogat, Mauricio: „‚Rescuing Europe' and ‚Balancing Powers': A Postcolonial Critique of European Digital Sovereignty". In: Environment and Planning D: Society and Space, 2025. DOI: 10.1177/02637758251356752.

Der Text ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/